

S A T Z U N G
über die Abwasserbeseitigung der Grundstücke im Verbandsgebiet des Warnow-
Wasser- und Abwasserverbandes (Abwassersatzung)

Die Verbandsversammlung des Warnow- Wasser- und Abwasserverbandes hat am 17.05.2018 aufgrund des § 28 des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz -WVG) vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405), geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 15. Mai 2002 (BGBl. I S. 1578), der §§ 6 und 7 der Satzung des Warnow-Wasser- und Abwasserverbandes vom 17. November 2000 (AmtsBl. M-V 2000 S. 1511, Ostsee-Zeitung vom 30. Dezember 2000, Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 27.12.2000), zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 14. Juni 2017 (GVOBl. M-V S. 202), des § 40 des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG) vom 30. November 1992 (GVOBl. S. 669), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 759, 765), und §§ 2 und 6 des Kommunalabgabengesetzes (KAG M-V) vom 12. April 2005 (GVOBl. S. 146) zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 2016 (GVOBl. S. 584) folgende Satzung beschlossen:

Satzung über die Abwasserbeseitigung der Grundstücke im Verbandsgebiet des
Warnow- Wasser- und Abwasserverbandes
(Abwassersatzung)

§ 1 Abwasserbeseitigungspflicht und öffentliche Einrichtung

- (1) Die Abwasserbeseitigungspflicht des Warnow- Wasser- und Abwasserverbandes, nachfolgend als "Verband" bezeichnet, nach den gesetzlichen Bestimmungen umfasst das Sammeln, Rückhalten, Fortleiten, Behandeln und Einleiten des im Verbandsgebiet anfallenden Abwassers sowie die Verwertung oder Beseitigung der bei der Abwasserbehandlung anfallenden Rückstände. Die Beseitigungspflicht umfasst bei Kleinkläranlagen auch das Entleeren und Transportieren des anfallenden Abwasser-/Schlammgemisches und bei abflusslosen Sammelgruben das Entleeren und Transportieren des Grubeninhaltes.
- (2) Der Warnow-Wasser- und Abwasserverband betreibt zur Abwasserbeseitigung in seinem Verbandsgebiet jeweils eine rechtlich selbständige öffentliche Einrichtung für die
 - 1.zentrale Beseitigung des Schmutzwassers
 - 2.zentrale Beseitigung des Niederschlagswassers
 - 3.dezentrale Abwasserbeseitigung zur
 - a) Entsorgung des Abwasser-/Schlammgemisches aus Kleinkläranlagen
 - b) Entsorgung des Abwassers aus abflusslosen Sammelgruben
- (3) Bei Grundstücken, die der „Satzung über die Entsorgung aus abflusslosen Sammelgruben und Kleinkläranlagen (Abflusslose Sammelgruben- und Kleinkläranlagensatzung)“

unterliegen, gehen die Regelungen der „Abflusslose Sammelgruben – und Kleinkläranlagensatzung“ vor, soweit diese Regelungen der vorliegenden Satzung präzisierende oder anderslautende Vorschriften enthält.

- (4) Lage, Art und Umfang der öffentlichen Einrichtungen für die zentrale Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erneuerung, Änderung, Erweiterung oder Beseitigung bestimmt der Verband.
- (5) Der Verband kann durch von ihm Beauftragte seine Rechte wahrnehmen und seine Pflichten erfüllen lassen, soweit dieses nach den zugrundeliegenden gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften möglich und zulässig ist. Er bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgabe der Nordwasser GmbH und deren Beauftragten.
- (6) Jegliche sonstigen Vorschriften und Bestimmungen durch Gesetz, Verordnung oder behördliche Regelung - insbesondere abfall- und wasserrechtlicher Art, vor allem über wasserrechtliche Genehmigungs- und/oder Erlaubnispflichten - bleiben durch diese Satzung unberührt. Sie bestehen neben und unabhängig von dieser Satzung.

§ 2 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Satzung bedeuten:

1. Abwasser (§ 54 WHG)

Abwasser ist Schmutzwasser und Niederschlagswasser sowie das sonstige zusammen mit Schmutzwasser oder Niederschlagswasser in Abwasseranlagen abfließende Wasser.

Als Abwasser gilt auch das aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretende und gesammelte Wasser, das aus kontaminierten Standorten austretende oder abfließende Wasser sowie der in Kleinkläranlagen anfallende Schlamm, soweit er aus häuslichem Abwasser stammt.

2. Schmutzwasser (§ 54 Absatz 1 Ziffer 1 WHG)

Schmutzwasser ist das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte Wasser.

3. Niederschlagswasser (§ 54 Absatz 1 Ziffer 2 WHG)

Niederschlagswasser ist das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder künstlich befestigten Flächen abfließende und gesammelte Wasser.

4. Öffentliche Einrichtungen für die zentrale Beseitigung des Schmutz- bzw. Niederschlagswassers

Zu den öffentlichen Einrichtungen für die zentrale Schmutz- und für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung, gehören jeweils die technischen Anlagen zum Sammeln, Rückhalten, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln sowie bei der öffentlichen Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung die Anlagen zum Entwässern von Klärschlamm im Zusammenhang mit der Abwasserbeseitigung.

Zu den öffentlichen Einrichtungen für die zentrale Beseitigung von Schmutz- bzw. Niederschlagswasser gehören insbesondere:

- a) das jeweilige öffentliche Entwässerungsnetz im Verbandsgebiet einschließlich aller technischen Einrichtungen, insbesondere Straßenkanäle, Abwasserpumpwerke, sowie offene und geschlossene Gräben, soweit sie entsprechend ihrer jeweiligen Zweckbestimmung und im Einklang mit den Vorschriften des Wasserrechts zur öffentlichen Abwasserbeseitigung benutzt werden,
- b) der erste Grundstücksanschluss bis zur Grundstücksgrenze, nicht jedoch
 - jeder zusätzliche Grundstücksanschluss
 - die auf dem Grundstück herzustellenden Entwässerungsanlagen einschließlich Kontrollschacht
- c) Anlagen und Einrichtungen, die nicht von dem Verband selbst, sondern von Dritten hergestellt oder unterhalten werden, wenn sich der Verband dieser Anlagen für die öffentliche Abwasserbeseitigung bedient.

Zur öffentlichen Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung gehören ferner die Kläranlagen einschließlich aller technischen Einrichtungen.

5. Mischverfahren

Beim Mischverfahren werden Schmutz- und Niederschlagswasser zusammen in einem Kanal gesammelt und fortgeleitet.

6. Trennverfahren

Beim Trennverfahren werden Schmutz- und Niederschlagswasser gesondert gesammelt und fortgeleitet.

7. Grundstücksanschluss

Grundstücksanschluss ist der Kanal, der erforderlich ist, um das Grundstück an das öffentliche Entwässerungsnetz anzuschließen. Der Grundstücksanschluss beginnt an der Grundstücksgrenze und verbindet die Grundstücksentwässerungsanlage mit dem öffentlichen Entwässerungsnetz.

8. Grundstücksentwässerungsanlagen

Grundstücksentwässerungsanlagen sind die Einrichtungen, die dem Sammeln, Vorbehandeln, Prüfen, Rückhalten, Ableiten und Klären des Abwassers auf dem Grundstück dienen.

Dazu gehören insbesondere Abwassereinläufe, Hebeanlagen, Einrichtungen der Druckentwässerung, Rückstausicherungen, Kleinkläranlagen, abflusslose Sammelgruben, Abwasserprobeentnahmeschächte, Abwassermessstellen, Abwasservorbehandlungsanlagen, Abscheideanlagen, Sickeranlagen, Regenrückhaltebecken sowie Speicherräume und Abwasserleitungen einschließlich deren Absperranlagen, Reinigungsschächte und –öffnungen (Kontrollschächte). Zu den Abwasserleitungen gehören insbesondere auch Grundleitungen sowie alle sonstigen auf dem Grundstück im Erdreich oder Baukörper verlegten Leitungen.

9. Grundstück

Grundstück im Sinne dieser Satzung ist das Grundstück im Sinne des Grundbuchrechts. Ausnahmsweise gelten mehrere, für sich allein nicht baulich oder gewerblich nutzbare Grundstücke als ein Grundstück, wenn sie

- aneinandergrenzen und nur in ihrer Gesamtheit baulich oder gewerblich genutzt werden können, oder
 - wenn sie aneinandergrenzen und gemeinsam baulich oder gewerblich genutzt werden
- und demselben Eigentümer gehören.

10. Einleiter

Einleiter sind diejenigen, die ihr Abwasser in die öffentlichen Einrichtungen für die zentrale Beseitigung des Schmutz- und/oder die zentrale Beseitigung des Niederschlagswassers einleiten.

11. Abwasserteilstrom

Der Abwasserteilstrom ist das Abwasser, das in den einzelnen Produktionsbereichen, Teilen dieser Produktionsbereiche und auch bei einzelnen Produktionsanlagen anfällt.

12. Anschlussberechtigte und -verpflichtete

Anschlussberechtigter und –verpflichteter im Sinne dieser Satzung ist der Grundstückseigentümer. Bei einem erbbaubelasteten Grundstück ist der Erbbauberechtigte anstelle des Eigentümers Anschlussberechtigter und –verpflichteter. Diese Rechten und Pflichten gelten auch für:

- sonstige zur Nutzung des Grundstückes dinglich Berechtigte
- Inhaber eines Gewerbebetriebes

Mehrere Anschlussberechtigte und –verpflichtete sind gemeinschaftlich zum Anschluss verpflichtet.

13. Probeentnahme

Schmutzwasserproben sind – sofern der Verband nichts anderes festlegt - jeweils am Kontrollschacht zu entnehmen. Dabei ist

- eine qualifizierte Stichprobe eine Mischprobe aus mindestens fünf Stichproben, die in einem Zeitraum von höchstens zwei Stunden im Abstand von nicht weniger als zwei Minuten entnommen und gemischt wird
- eine Mischprobe eine Probe, die in einem bestimmten Zeitraum kontinuierlich entnommen wird, oder eine Probe aus mehreren Proben, die in einem bestimmten Zeitraum kontinuierlich oder diskontinuierlich entnommen und gemischt werden.

§ 3 Berechtigung und Verpflichtung zum Anschluss und zur Benutzung

- (1) Die in § 2 Ziff. 12 aufgeführten Anschlusspflichtigen sind nach den näheren Bestimmungen dieser Satzung berechtigt und verpflichtet, ihr die Anschlusspflicht auslösendes Grundstück an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung und die öffentliche Einrichtung für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung anzuschließen und diese zu benutzen (Anschluss- und Benutzungsrecht sowie Anschluss- und Benutzungspflicht). Im Rahmen der Benutzungspflicht ist sämtliches Abwasser des Grundstückes nach Maßgabe dieser Satzung den öffentlichen Einrichtungen zuzuleiten.
- (2) Die Anschluss- und Benutzungspflicht für die jeweilige öffentliche Einrichtung tritt ein, sobald auf dem Grundstück Schmutzwasser bzw. Niederschlagswasser anfällt, unabhängig davon, ob das Grundstück bebaut ist oder nicht. Diese Pflicht besteht nicht für dasjenige Abwasser, das nach den Vorschriften des Landeswassergesetzes (§ 40 Abs. 3) nicht der Abwasserbeseitigungspflicht des Verbandes unterliegt.
- (3) Eine Einleitung des Niederschlagswassers in die öffentliche Kanalisation sollte nur erfolgen, wenn insbesondere davon auszugehen ist, dass
 - ein Grundstück derart bebaut oder befestigt worden ist, dass das Niederschlagswasser nicht versickern oder ablaufen und eine Möglichkeit zur Versickerung nicht nachträglich geschaffen werden kann,
 - Niederschlagswasser nicht nur unerheblich verunreinigt wird, bevor es in den Boden gelangt,
 - Niederschlagswasser aufgrund der natürlichen Bodenbeschaffenheit nicht oder nur teilweise versickern kann,
 - im Falle einer Versickerung des Niederschlagswassers die Nutzung des Grundstückes eingeschränkt wird,
 - durch die Versickerung Schäden an Bauwerken oder Gebäuden zu erwarten sind,

- aufgrund technischer Mängel an ober- und unterirdischen Anlagen, Gebäuden oder Bauwerken diese bei einer Versickerung nicht mehr oder nur noch eingeschränkt genutzt werden können.

(4) Voraussetzung für die Berechtigung und Verpflichtung ist,

- dass das Grundstück an eine öffentliche Straße (zu Straßen gehören auch Wege oder Plätze) grenzt, in der eine betriebsfertige öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutz- bzw. für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung vorhanden ist, oder
- dass das Grundstück durch einen Zugang oder eine Zufahrt mit der Straße verbunden ist,

oder,

- ein dingliches oder durch Baulast abgesichertes Leitungsrecht bis zum Straßengrundstück besteht.

(5) Der Verband kann bei einem Grundstück den Anschluss versagen, wenn er wegen der besonderen Lage des Grundstücks oder aus technischen oder betrieblichen Gründen erhebliche Schwierigkeiten bereitet oder besondere Aufwendungen erfordert (§ 40 Abs. 3 Ziffer 7 LWaG M-V).

Das gilt nicht, wenn der Anschlusspflichtige sich bereit erklärt, die entstehenden Mehrkosten für den Bau und Betrieb der öffentlichen Einrichtung zu tragen und wenn er auf Verlangen hierfür angemessene Sicherheit leistet.

(6) In den nach dem Trennverfahren entwässerten Gebieten darf Schmutzwasser nur der öffentlichen Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung und Niederschlagswasser nur der öffentlichen Einrichtung für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung über die jeweils dafür bestimmten Kanäle zugeführt werden. In Ausnahmefällen kann auf besondere Anordnung des Verbandes zur besseren Spülung des Schmutzwasserkanals das Niederschlagswasser einzelner, günstig gelegener Grundstücke an den Schmutzwasserkanal angeschlossen werden.

(7) Wird die öffentliche Einrichtung für die zentrale Beseitigung des Schmutz- bzw. die öffentliche Einrichtung für die zentrale Beseitigung des Niederschlagswassers nachträglich in bestehenden Siedlungsgebieten hergestellt, so ist das Grundstück innerhalb von drei Monaten nach Aufforderung durch den Verband an die jeweilige öffentliche Einrichtung anzuschließen.

(8) Wird ein Teil des Entwässerungsnetzes für die zentrale Beseitigung des Niederschlagswassers nachträglich auch für die Ableitung von nicht vorgeklärtem Schmutzwasser eingerichtet (Mischsystem), so bestimmt der Verband, bis zu welchem

Zeitpunkt die dazu erforderlichen abwassertechnischen Maßnahmen auf den in Frage kommenden Grundstücken durchgeführt sein müssen.

- (9) Wenn Änderungen oder Erweiterungen an der öffentlichen Einrichtung für die zentrale Schmutz- oder an der öffentlichen Einrichtung für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung es erforderlich machen, kann der Verband die Anpassung der Grundstücksentwässerungsanlagen verlangen.
- (10) Die Anschluss- und Benutzungspflicht besteht auch, wenn kein natürliches Gefälle für die Ableitung der Abwässer besteht und der Anschlusspflichtige daher den Anschluss nur mit einer Hebeanlage als Grundstücksentwässerungsanlage ordnungsgemäß herstellen und betreiben kann.
- (11) Der Anschlusspflichtige hat dem Verband unverzüglich schriftlich mitzuteilen, wenn die Voraussetzungen der Anschlusspflicht nach Abs. 2 entfallen.
- (12) Sobald und soweit nach den vorstehenden Regelungen der Anschluss an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung erfolgt ist, dürfen abflusslose Sammelgruben und Grundstückskleinkläranlagen zur Abwasserbeseitigung auf dem betreffenden Grundstück weder hergestellt noch betrieben werden. Vorhandene nichtöffentliche abflusslose Abwassergruben und/oder Kleinkläranlagen sind ordnungsgemäß zu entleeren und dicht zu setzen.

§ 4 Befreiung von der Anschluss- und Benutzungspflicht

- (1) Der Verband kann auf Antrag von der Anschluss- und Benutzungspflicht an seine öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung befreien, wenn ein Anschluss
- a) nur durch außergewöhnliche technische oder betriebliche Maßnahmen oder
 - b) nur durch unverhältnismäßige Aufwendungen möglich und deshalb unzumutbar ist und
 - c) der Verband gem. § 40 Abs. 3 Ziffer 7 LWaG M-V von seiner Abwasserbeseitigungspflicht befreit wurde.
- (2) Die Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang für Niederschlagswasser kann auf Antrag ausgesprochen werden, soweit der Verband zur Beseitigung des Niederschlagswassers verpflichtet ist (§ 40 Absatz 3 Ziffer 3 LWaG M-V), aber
- a) der Anschluss des Grundstücks an die öffentliche Abwasseranlage für den Grundstückseigentümer unzumutbar ist
 - b) und der Verband gem. § 40 Abs. 3 Ziffer 7 des Landeswassergesetzes M-V von seiner Abwasserbeseitigungspflicht befreit wurde.
- (3) Die Befreiung von der Anschluss- und Benutzungspflicht kann auf bestimmte Zeit und unter dem Vorbehalt des Widerrufs ausgesprochen werden.

- (4) Dem Antrag sind Unterlagen beizufügen, aus denen ersichtlich ist, wie die Abwässer beseitigt oder verwertet werden sollen, sofern diese Angaben nicht bereits den Bauvorlagen zum Bauantrag entnommen werden können.

§ 5 Anschluss- und Einleitungsregelungen

- (1) Von dem Anschlusspflichtigen sind – sofern nicht eine Anschlussaufforderung durch den Verband versandt wurde - Anschlussgenehmigungen schriftlich zu beantragen. Der Antrag ist mindestens zwölf Wochen vor dem beabsichtigten Beginn des Baus des Anschlusses bei dem Verband einzureichen.

Der Anschlussantrag ist in Schriftform mit folgenden Mindestangaben zu stellen:

- Beschreibung des Vorhabens und seiner Nutzung,
- Wasserverbrauch/Schmutzwasseranfall, Schmutzwasserbeschaffenheit,
- Größe und Befestigungsart der Hoffläche, Auffahrten, Wege etc. und Grundfläche zzgl. Dachüberstand der baulichen Anlagen, die an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung angeschlossen werden sollen oder in diese entwässern
- Lageplan in angemessenem Maßstab, nicht kleiner als 1 : 500, Nordpfeil,
- Grundstücks- und Eigentumsangaben;
- Grundrisse und Schnitte über bauliche Anlagen und Installationsplan sowie
- Höhenangaben in NN.

Der Verband ist berechtigt, Formblätter für den Anschlussantrag und die Anschlussgenehmigung zu verwenden bzw. vorzuschreiben.

Er kann weitere Unterlagen verlangen, wenn diese zur Beurteilung und Entscheidungsfindung notwendig sind.

- (2) Ist der Anschlusspflichtige nicht der Grundstückseigentümer, so kann die Zustimmung des Grundstückseigentümers gefordert werden.
- (3) Sowohl vor der erstmaligen Übernahme von nicht häuslichem Schmutzwasser eines Grundstücks in die öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung als auch vor späteren wesentlichen Veränderungen ist bezüglich der Schmutzwasserart, der Schmutzwasserzusammensetzung und der Schmutzwassermenge sowie ggf. des zeitlichen Anfalls des Schmutzwassers der Nachweis der ordnungs- und satzungsgemäßen Schmutzwassereinleitung von dem Anschlusspflichtigen gegenüber dem Verband zu führen.
- (4) Von dem Anschlusspflichtigen sind dem Verband außerdem die notwendigen Daten zur Aufnahme in das Kataster über die Einleitungen von nicht häuslichem Schmutzwasser in die öffentliche Einrichtung zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung (Indirekteinleiterkataster) zu unterbreiten.

Die Grunddaten des Indirekteinleiterkatasters werden mit Hilfe eines Erhebungsbogens ermittelt.

Es sind folgende Daten zu unterbreiten, die vom Verband nach Maßgabe der datenschutzrechtlichen Bestimmungen gespeichert werden:

- a) Postanschrift des Grundstücks, auf dem das Schmutzwasser anfällt;
- b) Name, Vorname und Anschrift des Grundstückseigentümers;
- c) Name, Vorname und Anschrift des Anschlusspflichtigen und weiterer nach dieser Satzung verantwortlicher Personen;
- d) Art und Beschreibung der Grundstücksentwässerungsanlagen;
- e) Branchen und Produktionszweige aus denen das Schmutzwasser anfällt
- f) Einzelregelungen der satzungsrechtlichen Anschlussgenehmigung und der wasserrechtlichen Erlaubnis;
- g) Menge des dem Grundstück aus der öffentlichen Wasserversorgung oder anderweitig zugeführten Wassers, des auf dem Grundstück gewonnenen Wassers und des der Kanalisation zugeleiteten Schmutzwassers, getrennt nach
Teilströmen;
- h) Ergebnisse von Schmutzwasseruntersuchungen;
- i) aus Vorbehandlungsanlagen anfallende Schmutzwässer nach Art, Menge und Zusammensetzung;

Auf Anforderung des Verbandes hat der Anschlusspflichtige weitere für die Erstellung des Indirekteinleiterkatasters erforderliche Auskünfte zu geben.

Die gespeicherten Daten dürfen nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen übermittelt werden.

§ 6 Grundstücksbenutzung

- (1) Der Grundstückseigentümer hat für Zwecke der öffentlichen Abwasserbeseitigung das Verlegen von Kanälen und Druckrohrleitungen zur Durch- und Ableitung von Abwasser über sein Grundstück, ferner das Anbringen von sonstigen Einrichtungen und von Zubehör sowie erforderliche Schutzmaßnahmen unentgeltlich zuzulassen. Diese Pflicht betrifft nur Grundstücke, die an die jeweilige öffentliche Einrichtung angeschlossen sind oder die in wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Abwasserbeseitigung genutzt werden oder für welche die Möglichkeit der Abwasserbeseitigung sonst wirtschaftlich vorteilhaft ist. Sie entfällt, wenn die Inanspruchnahme des Grundstücks den Grundstückseigentümer mehr als notwendig oder in unzumutbarer Weise belasten würde. Die Rechte an dem Grundstück sind durch Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch zu Gunsten und auf Kosten des Verbandes sicherzustellen, sofern der Verband dies fordert. Berechtigte Interessen des Grundstückseigentümers sind zu berücksichtigen.

Der Grundstückseigentümer ist rechtzeitig über die Art und den Umfang der beabsichtigten Inanspruchnahme des Grundstücks zu benachrichtigen.

- (2) Wird die Abwassereinleitung eingestellt, so hat der Grundstückseigentümer die Entfernung der Einrichtungen zu gestatten oder sie auf Verlangen des Verbandes noch fünf Jahre unentgeltlich zu dulden, es sei denn, dass ihm dies nicht zugemutet werden kann.

§ 7 Grundstücksanschlüsse

- (1) Das angeschlossene Grundstück soll einen unterirdischen und in der Regel unmittelbaren Grundstücksanschluss an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutz- bzw. an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung aufweisen.
- (2) Der Verband kann in Ausnahmefällen (z.B. bei Kleinsiedlungsbauvorhaben, bei Bauvorhaben in Zeilen- bzw. Reihenhausbauweise oder bei Garagenhöfen) gestatten, dass mehrere Grundstücke einen gemeinsamen Grundstücksanschluss erhalten.

Durch Gebäudeabschlusswände voneinander getrennte Hauseinheiten sollen, soweit technisch möglich, einzeln in den gemeinsamen Grundstücksanschluss entwässert werden.

- (3) Die Art, Lage, Führung, lichte Weite und das Material des Grundstücksanschlusses sowie die Anordnung des Prüf- und Reinigungsschachtes und/oder der Prüf- und Reinigungsöffnung bestimmt der Verband, wobei Wünsche des Anschlusspflichtigen nach Möglichkeit berücksichtigt werden.
- (4) Die Herstellung, Erneuerung und Veränderung sowie die laufende Unterhaltung und die Beseitigung von Grundstücksanschlüssen, führt der Verband durch die Nordwasser GmbH oder einem von dieser beauftragten Dritten aus. Grundlage hierfür sind die baurechtlich

genehmigten Bauvorlagen. Der Anschlusspflichtige darf die Arbeiten nicht selbständig ausführen oder vergeben.

- (5) Die Herstellung zusätzlicher Grundstücksanschlüsse erfolgt auf Antrag des Anschlussberechtigten. Die Antragstellung erfolgt nach Maßgabe des § 5 Abs. 1.
- (6) Der Anschlusspflichtige hat dem Verband unverzüglich mitzuteilen, wenn Grundstücksanschlüsse verschlossen oder beseitigt werden müssen sowie Betriebsstörungen oder Mängel am Grundstücksanschluss auftreten bzw. aufgetreten sind.

§ 8 Grundstücksentwässerungsanlagen

- (1) Die Grundstücksentwässerungsanlage ist entsprechend der Anschlussgenehmigung herzustellen und zu nutzen. Sie ist stets in einem einwandfreien und betriebsfähigen Zustand zu halten.
- (2) Die Grundstücksentwässerungsanlagen - insbesondere Kontrollschächte, Hebeanlagen, Rückstauverschlüsse, Abwasserprobeentnahmeschächte und -stellen, Messstellen, Abwasservorbehandlungsanlagen und Absperrvorrichtungen - müssen stets zugänglich, im Falle der Grundleitungen prüfbar sein.
Im Falle von Neuanlagen und Instandsetzungsarbeiten ist der Anschlusspflichtige auf Verlangen des Verbandes verpflichtet, Hinweistafeln über die Lage des Kontrollschachtes anbringen zu lassen.
- (3) Der Hauskontrollschacht darf zu Reinigungs- und Instandsetzungszwecken der Grundstücksentwässerungsanlage im Auftrag des Anschlusspflichtigen von einer Fachfirma geöffnet werden. Mängel an den Grundstücksentwässerungsanlagen muss der Anschlusspflichtige unverzüglich auf seine Kosten beseitigen lassen. Er haftet für alle Schäden, die auf derartige Mängel oder eine satzungswidrige Benutzung zurückzuführen sind.
- (4) Grundstücksentwässerungsanlagen, die unterhalb der Rückstauenebene liegen, sind durch den Anschlusspflichtigen wirkungsvoll und dauerhaft gegen Rückstau aus den öffentlichen Einrichtungen für die zentrale Schmutz- bzw. Niederschlagswasserbeseitigung zu sichern. Als maßgebende Rückstauenebene gilt die Höhe der Straßenoberkante an der Anschlussstelle der Grundstücksentwässerungsanlage an den Grundstücksanschluss, sofern in der Anschlussgenehmigung gemäß § 5 Abs. 1 nichts Anderes festgelegt ist. Tritt ein Rückstau auf, ist der Verband zum Öffnen des Kontrollschachtes zur Vermeidung von Überflutungen hinzuzuziehen.
- (5) Nach Genehmigung eines gemeinsamen Grundstücksanschlusses für mehrere Grundstücke ist durch die Anschlusspflichtigen sicherzustellen, dass, soweit die erforderlichen Grundstücksentwässerungsanlagen über andere Grundstücke verlaufen

und/oder gemeinsam genutzt werden, die Rechte für die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung jeweils durch Eintragung einer Grunddienstbarkeit gesichert werden.

- (6) Bei Erneuerung, Veränderung, Beseitigung oder Stilllegung von Grundstücksentwässerungsanlagen sind vom Anschlusspflichtigen die Teile, die nicht Bestandteil einer neuen Grundstücksentwässerungsanlage geworden sind, außer Betrieb zu setzen, zu entleeren, zu beseitigen bzw. ordnungsgemäß zu verfüllen und so herzurichten, dass von ihnen keine Gefahren ausgehen können.
- (7) Anlagen, die vor dem Anschluss an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung der Beseitigung des auf dem Grundstück anfallenden Schmutzwassers dienen und die nicht mehr als Bestandteil der angeschlossenen Grundstücksentwässerungsanlage genehmigt oder benötigt werden sind, hat der Anschlusspflichtige binnen sechs Monaten nach dem Anschluss an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung auf seine Kosten so herzurichten, dass sie für die Aufnahme oder Ableitung von Schmutzwasser nicht mehr benutzt werden können.

§ 9 Begrenzung des Benutzungsrechts

- (1) Schmutzwasser, das bei haushaltsüblichem Gebrauch anfällt, darf ohne Vorbehandlung in die öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung eingeleitet werden. Die Einleitung von gewerblichen, industriellen und landwirtschaftlichen Schmutzwässern bedarf der Genehmigung des Verbandes, wenn die nachfolgenden Regelungen und Grenzwerte nur durch eine Vorbehandlung des Schmutzwassers oder andere geeignete Maßnahmen eingehalten werden können. Über die zulässige Einleitung von in Abs. 4 und 9 nicht aufgeführten schädlichen Stoffen entscheidet der Verband im Einzelfall. Ausnahmen von den Einleitungsverboten gem. Abs. 3 sowie von den Einleitungsgrenzwerten nach Abs. 4 können auf Antrag genehmigt werden, wenn dies für den Betrieb der öffentlichen Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung unbedenklich ist sowie eine Gefährdung des Vorfluters und eine Beeinträchtigung der Klärschlammverwertung nicht zu befürchten ist. Die Genehmigungen werden nur auf Widerruf erteilt und können mit Auflagen und Bedingungen versehen werden.

Ist im Hinblick auf mögliche Störfälle der Anfall problematischer Abwässer, wie z.B. kontaminiertes Löschwasser, nicht auszuschließen, so kann der Verband vorsorglich verlangen, dass solche Abwässer gespeichert und/oder Absperrvorrichtungen eingebaut und/oder Absperrgeräte bereitgehalten werden. In einem solchen Fall muss dem Verband gegenüber der Nachweis erbracht werden, dass diese Abwässer unbedenklich in die öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung eingeleitet werden können oder auf welche andere Weise sie ordnungsgemäß vom Anschlusspflichtigen entsorgt werden.

(2) In die öffentlichen Einrichtungen für die zentrale Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung darf solches Abwasser nicht eingeleitet werden, das aufgrund seiner Inhaltsstoffe

1. dass in den Abwasserbeseitigungsanlagen beschäftigte Personal gefährdet oder gesundheitlich beeinträchtigt,
2. die Vorfluter über das zulässige Maß hinaus belastet oder sonst nachteilig verändert bzw. mit der wasserrechtlichen Genehmigung des Verbandes als Gewässereinleiter nicht vereinbar ist,
3. die Abwasserreinigung oder Klärschlammbehandlung und -verwertung erschwert.
4. die öffentlichen Einrichtungen in ihrem Bestand angreift oder ihre Funktionsfähigkeit oder Unterhaltung gefährdet, erschwert oder behindert,

(3) Von der Einleitung und dem Einbringen in die öffentlichen Einrichtungen für die zentrale Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung sind - vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung des Verbandes im jeweiligen Einzelfall - insbesondere Abwässer mit folgenden Inhaltsstoffen bzw. folgender Herkunft ausgeschlossen:

a) Stoffe - auch in zerkleinertem Zustand -, die zu Ablagerungen und Verstopfungen führen können, z.B.

- Asche, Müll, Textilien, Pappe, grobes Papier, Kunststoffe, Glas, Kunstharze, Schlacke, Latices, Kieselgur,

- Kalk, Zement und andere Baustoffe, Schutt, Kies,

- Abfälle aus Tierhaltungen, Schlachtabfälle, Abfälle aus nahrungsmittelverarbeitenden Betrieben,

- Schlamm,

b) Schlämme aus Neutralisations-, Entgiftungs- und sonstigen Abwasserbehandlungsanlagen,

c) Abwässer und sonstige Stoffe aus Infektionsabteilungen und septischen Bereichen von Krankenhäusern oder ähnlichen Einrichtungen sowie solche aus anderen Bereichen mit hoher Infektionsgefahr, etwa Laboratorien und Tierversuchsanstalten, die einen erhöhten Anteil an infektiösen Keimen aufweisen,

d) Abwässer oder sonstige Stoffe aus Laboratorien, Instituten und Betrieben, in denen neue Kombinationen von Nucleinsäuren geschaffen oder gentechnologische Experimente durchgeführt werden oder in denen mit gentechnologisch manipulierten Organismen gearbeitet wird,

e) Sickerwasser und sonstige Stoffe aus Deponien,

- f) Abwasser und Wasser, das insbesondere zum Zwecke der Wärmeentlastung abgegeben wird; hierzu gehört auch Kühlwasser, ausgenommen geringfügige Mengen,
- g) belastetes Abwasser oder Dampf aus Dampfleitungen, Dampfkesseln und Überlaufleitungen von Heizungsanlagen, ausgenommen geringfügige Mengen,
- h) farbstoffhaltiges Abwasser, dessen Entfärbung im Klärwerk nicht gewährleistet ist,
- i) Stoffe, die giftig, feuergefährlich, explosiv, fett- oder ölhaltig oder seuchenverdächtig sind, sowie solche, die übelriechende oder explosive Dämpfe oder Gase bilden oder sonst schädlich sind, z.B.
- Säuren und Laugen,
 - Benzin, Heizöl, Schmieröle, tierische und pflanzliche Öle und Fette,
 - Blut, Molke,
 - Jauche, Gülle, Mist, Silagewasser,
 - Kaltreiniger und sonstige Reinigungsmittel, welche die Ölabscheidung verhindern,
 - Emulsionen von Mineralölprodukten, z. B. von Schneid- und Bohrölen, Bitumen und Teer,
 - Carbide, die Acetylen bilden,
 - spontan sauerstoffverbrauchende Stoffe, z. B. Natriumsulfid oder Eisen-II-Sulfat, in Konzentrationen, die anaerobe Verhältnisse in der Kanalisation eintreten lassen,
 - radioaktive Stoffe,

Grenzwerte nach Abs. 4 werden berücksichtigt,

- j) Problemstoffe und -chemikalien enthaltendes Abwasser, z. B. solches mit Pflanzenschutz- und Holzschutzmitteln, Lösungsmitteln (z. B. Farbverdünner), Medikamenten und pharmazeutischen Produkten, Beizmitteln, soweit die Grenzwerte oder/und Anforderungen nach Abs. 4 überschritten werden.
- (4) Bei Einleitungen von gewerblichen, industriellen, landwirtschaftlichen und ähnlichen Schmutzwässern sind - sofern nicht die Abwasserverordnung in den Anhängen für die betreffende Branche eine anderslautende Regelung trifft und vorbehaltlich einer abweichenden Regelung des Verbandes im Einzelfall – folgende Grenzwerte aus der qualifizierten Stichprobe am Kontrollschacht zur öffentlichen Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung einzuhalten:

a) Allgemeine Parameter:

Parameter	Grenzwert
Temperatur	35 °
pH-Wert	6,5 – 10,0
Absetzbare Stoffe	6,5 ml/l (Absetzzeit 0,25 statt 2 h)
CSB/BSB ₅	i.V. < 3,0
Aerobe biologische Abbaubarkeit	Mind. 75 %
Nitrifikationshemmung	Weniger als 20 %
Stickstoff gesamt N	100 mg/l
Phosphor gesamt P	30 mg/l

b) Anorganische Stoffe mg/l

Parameter	Grenzwert
Antimon (SB)	0,5
Arsen (AS)	0,5
Barium (Ba)	3
Blei (Pb)	1
Cadmium (Cd)	0,5
Chrom 6-wertig (Cr ⁶⁺)	0,2
Chrom, gesamt (Cr)	1
Cobalt (Co)	2
Kupfer (Cu)	1
Nickel (Ni)	1
Quecksilber (Hg)	0,05
Selen (Se)	1
Silber (Ag)	2
Vanadium (V)	2
Zink (Zn)	5
Zinn (Sn)	5
Ammonium – (NH ₄) und Ammoniak (NH ₃)- Stickstoff	95
Chlor, freisetzbar (Cl ₂)	0,5
Cyanid, leicht freisetzbar (CN)	1
Fluorid (F)	50
Nitritstickstoff (NO ₂ ⁻ N)	10
Sulfat(SO ₄ ²⁻)	400
Sulfid (S ²⁻)	2

c) Organische Stoffe (mg/l)

Parameter	Grenzwert
Kohlenwasserstoff gesamt (mineralische Öle und Fette)	20
Schwerflüchtige lipophile Stoffe (z.B. emulgierte oder suspendierte biologisch abbaufähige Öle, Fette und dergleichen)	250
Adsorbierbare organische Halogenverbindungen (AOX), berechnet als organisch gebundenes Chlorid	1
Einzelstoffe hiervon z. B. Tetrachlorethen (berechnet als Cl):	0,5
Phenol-Verbindungen (berechnet als C ₆ H ₅ OH)	100

Das Abwasser darf keine Hemmung der Aktivität des Belebtschlammes des zugehörigen Klärwerkes bewirken.

Die Analysen und Messverfahren bestimmen sich nach der „Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserverordnung)“ in der jeweils gültigen Fassung. Neben den Analyseverfahren der Abwasserverordnung sind auch gleichwertige Analyseverfahren zulässig. Die festgesetzten Grenzwerte beinhalten die Toleranzbereiche.

Der Verband ist berechtigt, eine andere Form der Probeentnahme durchzuführen, um genauere Kenntnisse über Konzentrationen und Frachten einzelner Parameter zu ermitteln.

- (5) Eine Verdünnung/Durchmischung zur Einhaltung der Grenzwerte oder der jeweiligen Anforderungen, die sich aus den Einleitungsbedingungen nach den Abs. 1 bis 4 ergeben, ist nicht zulässig.
- (6) Abweichungen davon und von den in den Abs. 1 bis 5 festgelegten Begrenzungen wird der Verband im Einzelfall auf Antrag des Einleiters dann zulassen und solange erlauben, wie dies nach der Besonderheit des Falles sowie aufgrund geringer Konzentrationen bzw. Frachten vertretbar ist und die biologische Unbedenklichkeit vom Einleiter nachgewiesen wird. Der Verband kann dazu die Vorlage eines abwassertechnischen Gutachtens verlangen.
- (7) Anschlussberechtigte, bei denen die in Absatz 4 aufgeführten Grenzwerte und/oder Anforderungen einzuhalten sind, haben durch eine regelmäßige geeignete Selbstüberwachung nach Vorgaben des Verbandes oder des von ihm Beauftragten die Einhaltung der Grenzwerte zu überprüfen. Dabei sind die in Abs. 4 aufgeführten Untersuchungsmethoden anzuwenden. Der Verband kann in begründeten

Ausnahmefällen Abweichungen von diesen Untersuchungsmethoden vorschreiben oder zulassen, wenn einmal jährlich Parallelproben nach den Untersuchungsmethoden des Abs. 4 untersucht werden.

Die Ergebnisse der Selbstüberwachung sind dem Verband oder dessen Beauftragten innerhalb von 14 Tagen nach schriftlichem Vorliegen der Ergebnisse vorzulegen und mindestens drei Jahre aufzubewahren. Der Verband kann im Einzelfall eine häufigere Vorlage der Ergebnisse der Selbstuntersuchung und die Einhaltung längerer Aufbewahrungsfristen verlangen.

Bei Überschreitungen hat der Anschlussberechtigte den Verband schriftlich davon in Kenntnis zu setzen und die mögliche Ursache sowie unternommene Gegenmaßnahmen zu benennen.

- (8) Zum Schutz der öffentlichen Einrichtungen oder aus Gründen des Gewässerschutzes oder einer störungsfreien Klärschlammverwertung können für die einzuleitenden Abwasserinhaltsstoffe neben den Grenzwerten auch Frachtbegrenzungen festgelegt werden. Bei nennenswerten Frachten hat der Einleiter der Verband davon schriftlich in Kenntnis zu setzen.
- (9) Die Einleitung von gefährlichen Stoffen, insbesondere der Stoffe des Anhanges X der Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG vom 23.10.2000 (siehe Anlage 1, die Bestandteil dieser Satzung ist) in der jeweils gültigen Fassung, die wegen ihrer Giftigkeit, Langlebigkeit und Anreicherungsfähigkeit im ökologischen System ausgewählt worden sind, ist dem Verband rechtzeitig vor der Einleitung anzuzeigen. Der Verband prüft, ob aufgrund geringfügiger Konzentrationen oder Frachten die Einleitung keiner Erlaubnis bedarf. Ob darüberhinausgehende Konzentrationen oder Frachten erlaubnisfähig sind, richtet sich nach den in Abs. 6 gestellten Anforderungen.
- (10) Die Einleitung von Grundwasser und Dränagewasser sowie von Wasser aus Schwimmbecken und aus Becken mit Springbrunnen in die öffentliche Abwasseranlage ist nicht zulässig. Gleiches gilt für den Anschluss von Dampfleitungen an die öffentlichen Einrichtungen.

Ausnahmen können nach den näheren Bestimmungen dieser Satzung, insbesondere nach Abs. 6, und unter Beachtung der wasserrechtlichen Bestimmungen zur Wasserhaltung bei Baumaßnahmen - wenn eine unmittelbare Rückführung in das Grundwasser rechtlich und tatsächlich nicht möglich ist - auf schriftlichen Antrag des Einleiters von dem Verband erlaubt werden. Die Erlaubnis erfolgt befristet und unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

- (11) Der Einleiter hat dem Verband unverzüglich mitzuteilen, wenn
- a) gefährliche oder schädliche Stoffe in die öffentlichen Einrichtungen für die zentrale Schmutz- oder Niederschlagswasserbeseitigung gelangen oder damit zu rechnen ist,

- b) Störungen beim Betrieb von Abwasserbehandlungsanlagen sowie Vorkommnisse, welche die Beschaffenheit des Abwassers verändern oder verändern können, auftreten.

§ 10 Abscheideanlagen

- (1) Anschlusspflichtige, bei denen Rückstände von Benzin, Benzol, Heizöl, sonstige Leichtflüssigkeiten oder Fette anfallen oder in denen derartige Stoffe gelagert werden, haben erforderlichenfalls nach Anweisung des Verbandes Vorrichtungen zur Abscheidung dieser Stoffe aus dem Abwasser einzubauen (Abscheider). Art und Einbaustelle dieser Vorrichtung bestimmt der Verband. Art und Einbau der Vorrichtung haben nach dem Stand der Technik zu erfolgen. Die Abscheideanlagen werden in regelmäßigen Zeitabständen und bei Bedarf entleert und gereinigt. Die Entleerung und Reinigung der Abscheideanlagen hat der Betreiber dieser Anlagen selbständig und in eigener Verantwortlichkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften zu veranlassen. Die Kosten dieser Maßnahmen trägt der Anschlusspflichtige. Der Anschlusspflichtige haftet für jeden Schaden, der aus der Verletzung dieser Pflichten entsteht.

Nach § 7 können im Einzelfall weitere Anforderungen an den Bau von Abscheideanlagen gestellt werden.

- (2) Abscheidegut darf weder an der Abscheideanlage noch an einer anderen Stelle der öffentlichen Einrichtung für die zentrale Schmutz- bzw. der öffentlichen Einrichtung für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung zugeführt werden.
- (3) Der Anschlusspflichtige hat dem Verband unverzüglich schriftlich mitzuteilen, wenn Abscheideanlagen nicht mehr benötigt oder zum Zwecke der Erneuerung und Unterhaltung vorübergehend außer Betrieb genommen werden sollen.

§ 11 Überwachung von gewerblicher und industrieller Einleitung

- (1) Bei gewerblicher und industrieller Nutzung eines Grundstücks kann der Verband verlangen, dass auf Kosten des Anschlusspflichtigen
- a) zur Messung und zur Registrierung der Abwassermengen und der Abwasserbeschaffenheit Geräte und Instrumente in die Grundstücksentwässerungsanlagen eingebaut oder an sonst geeigneter Stelle auf dem Grundstück angebracht, betrieben und in ordnungsgemäßem, betriebsfähigem Zustand erhalten werden,
- b) an der Grundstücksgrenze besondere Schächte zur Entnahme von Abwasserproben und Einrichtungen zur Aufnahme von Messstellen eingebaut oder verändert werden.

Dies gilt auch für andere Grundstücke mit Abwässern, die - gleich oder ähnlich den Abwässern aus gewerblichen oder industriellen Betrieben - in besonderem Maße geeignet

sind, Gefahren, Beeinträchtigungen oder Erschwerungen der in § 9 Abs. 2 genannten Art hervorzurufen.

- (2) Der Verband kann im Rahmen der Einleiterüberwachung eigenständig auf dem Betriebsgrundstück Messungen durchführen und Untersuchungen vornehmen oder vornehmen lassen. Die Beauftragten des Verbandes sind berechtigt, Proben zu entnehmen
 - a) aus den Grundstücksentwässerungsanlagen, insbesondere aus Prüfschächten und an Abwasservorbehandlungsanlagen,
 - b) aus den sonstigen Abwasseranlagen,
 - c) von den zu den öffentlichen Kläranlagen des Verbandes anzuliefernden Abwässern, insbesondere Klärschlamm aus Behelfsentwässerungsanlagen und Abscheidegut nach § 10 dieser Satzung oder
 - d) an anderer geeigneter Stelle, sofern dies zur Beurteilung der Abwasserinhaltsstoffe erforderlich ist.
- (3) Die Kosten der in Abs. 2 lit. a) genannten Überprüfung hat der Anschlusspflichtige in der tatsächlich angefallenen Höhe zu tragen, falls das Untersuchungsergebnis zu Beanstandungen führt. Die Kosten der in Abs. 2 lit. b), c) und d) genannten Überprüfungen hat er in der tatsächlich angefallenen Höhe zu tragen, wenn der Grund der Beanstandungen ihm zuzurechnen ist.
- (4) Die analytischen Untersuchungen der Abwässer im Hinblick auf die Benutzungsbedingungen nach § 9 werden nach den dort aufgeführten Untersuchungsmethoden durchgeführt. Abweichungen hiervon werden entsprechend § 9 Abs. 7 Satz 3 behandelt.
- (5) Auf Verlangen des Verbandes hat der Anschlusspflichtige einen für die Abwassereinleitung Verantwortlichen sowie einen Stellvertreter schriftlich zu benennen. Ein Wechsel dieser Personen ist gleichfalls schriftlich anzuzeigen.
- (6) Der Verband kann im Rahmen der Einleiterüberwachung Unterlagen und Angaben sowie die Führung von Betriebstagebüchern mit Nachweis der Anlagenkontrolle, Registrierung von Messergebnissen und Zustandskontrollen verlangen, insbesondere wenn dies erforderlich ist
 - zur Erfassung und regelmäßigen Überwachung sowie Bewertung von Abwassereinleitungen und/oder
 - zur wirkungsvollen Schadensbegrenzung oder -vermeidung bei möglichen, die Abwasserbeseitigung berührenden Störfällen.

§ 12 Auskunftspflicht und Zutritt

- (1) Der Anschlusspflichtige hat dem Verband alle zum Vollzug der Satzung sowie zur Errechnung der Abwassergebühren und eventueller Ersatzansprüche erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (2) Der Verband und/oder die von ihm beauftragte Nordwasser GmbH sind während der üblichen Geschäfts- und Arbeitszeiten sofern erforderlich berechtigt, das Grundstück und alle Anlagenteile auf dem Grundstück ungehindert zu betreten, um die Grundstücksentwässerung in Verbindung mit dem Vollzug der Satzungen und Erhebung von Abwassergebühren zu überprüfen.

Die Grundstücksentwässerungsanlagen - insbesondere Prüf- und Reinigungsöffnungen, Prüf- und Reinigungsschächte, Hebeanlagen, Rückstauverschlüsse, Abwasserprobentnahmeschächte und -stellen, Messstellen, Abwasservorbehandlungsanlagen und Absperrvorrichtungen - müssen stets zugänglich, im Falle der Grundleitungen prüfbar sein.

- (3) Die Mitarbeiter des Verbandes oder der von ihm beauftragten Nordwasser GmbH haben sich durch einen von dem Verband ausgestellten Dienstausweis oder eine Vollmacht des Verbandes auszuweisen.

§ 13 Besondere Anordnungen und Befreiungen

- (1) Der Verband kann über die Vorschriften dieser Satzung hinausgehende Anordnungen treffen, um Gefahren abzuwenden, durch welche die Funktionsfähigkeit und der Bestand der öffentlichen Einrichtungen für die zentrale Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung sowie die dezentrale Abwasserbeseitigung bedroht wird, oder um Beeinträchtigungen der öffentlichen Einrichtungen für die zentrale Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung sowie die dezentrale Abwasserbeseitigung abzuwehren. Er kann von den Vorschriften dieser Satzung abweichen, wenn die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.
- (2) Die Ausnahmen können unter Auflagen und Bedingungen sowie befristet oder/und unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs zugelassen werden.

§ 14 Gebühren und Kostenersatz

Für die Benutzung der öffentlichen Einrichtungen für die zentrale Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung sowie für die dezentrale Abwasserbeseitigung erhebt der Verband Gebühren und fordert Kostenersatz für zusätzliche Grundstücksanschlüsse nach der:

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Einrichtungen für die zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung des Warnow- Wasser- und Abwasserverbandes sowie über die Erhebung von Kostenersatz für zusätzliche Grundstücksanschlüsse (Abwassergebührensatzung),

in der jeweils gültigen Fassung

§ 15 Haftung

- (1) Bei Betriebsstörungen oder Außerbetriebsetzung der öffentlichen Einrichtung für die zentrale Schmutz- bzw. für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung sowie bei Auftreten von Mängeln und Schäden, die durch Rückstau infolge von Naturereignissen (z.B. Hochwasser, Wolkenbrüche, Schneeschmelze) oder von Hemmungen im Wasserlauf (z.B. bei Reinigungsarbeiten im Straßenkanal) hervorgerufen werden, hat der Anschlusspflichtige keinen Anspruch auf Schadensersatz oder Minderung der Gebühren. Der Verband ist im Rahmen der ihm gegebenen Möglichkeiten verpflichtet, die Störungen zu beseitigen.
- (2) Der Anschlusspflichtige und/oder der Einleiter haften - ggf. gesamtschuldnerisch - für schuldhaft verursachte Schäden an den öffentlichen Einrichtungen für die zentrale Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung, die infolge einer unsachgemäßen oder den Bestimmungen dieser Satzung widersprechenden Benutzung und/oder eines mangelhaften Zustandes deren Grundstücksentwässerungsanlage entstehen. Sie haben den Verband von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die wegen solcher Schäden geltend gemacht werden.

Gehen derartige Schäden auf mehrere Grundstücksentwässerungsanlagen zurück, so haften die Vorgenannten ebenfalls als Gesamtschuldner.

- (3) Kommt es zu einer unzulässigen Einleitung in die öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutz- bzw. in die öffentliche Einrichtung für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung

- und besteht für den Verband die Besorgnis, dass eine Störung, Gefährdung bzw. Beeinträchtigung der Abwasserbeseitigung eintreten könnte bzw. eintritt,

- oder fallen erhöhte betriebliche Aufwendungen bei der Abwasserbeseitigung an,

so hat/haben der Anschlusspflichtige und/oder der Einleiter dem Verband alle damit verbundenen Kosten zu erstatten; dazu zählen auch alle mit der Ermittlung und Bewertung der Schadstofffrachten (am Entstehungsort und auf dem Transportwege) verbundenen Kosten einschließlich des Versuchs des Verbandes zur Entschärfung oder Beseitigung dieser Frachten und der Unterbindung weiterer Einleitungen dieser Art.

§ 16 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 134 Abs. 1 Ziffer 17 LWaG M-V handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
- a) § 3 Abs. 1 im Rahmen der Benutzungspflicht nicht sämtliches Schmutzwasser des Grundstücks nach Maßgabe der Satzung der öffentlichen Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung zuleitet,
 - b) § 3 Abs. 5 in den nach dem Trennverfahren entwässernden Gebieten Schmutz- und Niederschlagswasser nicht den jeweils dafür bestimmten Kanälen zuführt,
 - c) § 7 Abs. 4 Arbeiten am Grundstücksanschluss selbständig ausführt oder vergibt,
 - d) § 7 Abs. 6 dem Verband nicht unverzüglich mitteilt, wenn Grundstücksanschlüsse nicht mehr benötigt werden sowie wenn Betriebsstörungen oder Mängel am Grundstücksanschluss auftreten bzw. aufgetreten sind,
 - e) § 9 Abs. 2, 3 und 4 Abwässer oder Stoffe in die öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutz- bzw. für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung einleitet, die von der Einleitung ausgeschlossen sind oder bei deren Einleitung festgesetzte Grenzwerte überschritten werden,
 - f) § 9 Abs. 8 nennenswerte Frachten dem Verband nicht mitgeteilt hat,
 - g) § 9 Abs. 10 Grundwasser oder/und Dränagewasser sowie Wasser aus Schwimmbecken und aus Becken mit Springbrunnen ohne Erlaubnis des Verbandes in die öffentlichen Einrichtungen für die zentrale Schmutz- oder Niederschlagswasserbeseitigung einleitet,
 - h) § 9 Abs. 11 dem Verband nicht unverzüglich mitteilt, wenn
 - aa) gefährliche oder schädliche Stoffe in die öffentlichen Einrichtungen für die zentrale Schmutz- oder Niederschlagswasserbeseitigung gelangen oder damit zu rechnen ist,
 - bb) Störungen beim Betrieb von Abwasserbehandlungsanlagen sowie Vorkommnisse, welche die Beschaffenheit des Abwassers verändern oder verändern können, auftreten,

- i) § 12 Abs. 1 dem Verband nicht alle zum Vollzug dieser Satzung erforderlichen Auskünfte erteilt.

(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer unbefugt Arbeiten an den öffentlichen Einrichtungen für die zentrale Schmutz- oder Niederschlagswasserbeseitigung vornimmt, Schachtabdeckungen oder Einlaufroste öffnet, Schieber bedient oder in einen öffentlichen Kanal einsteigt.

(3) Die Ordnungswidrigkeit kann bei vorsätzlicher oder fahrlässiger Zuwiderhandlung mit Geldbußen bis zu 50.000,-- Euro geahndet werden.

(4) Die Verfolgung und Ahndung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach bundes- und landesrechtlichen Vorschriften bleibt unberührt.

§ 17 Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen

Unberührt bleiben die von dem Verband oder dessen Rechtsvorgängern in öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen getroffenen Sonderregelungen.

§ 18 Inkrafttreten - Außerkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.07.2018 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Abwasserbeseitigung der Grundstücke im Verbandsgebiet des Warnow-Wasser und Abwasserverbandes (Abwassersatzung) vom 26.11.2004, zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 10.12.2012, außer Kraft.

Rostock, den 25.05.2018

Der Vorstand

Ines Gründel

Karin Helke

Joachim Hünecke

Frank Giese

Veröffentlicht unter [www.wwav.de/bekanntmachungen am 29.05.2018](http://www.wwav.de/bekanntmachungen/am/29.05.2018)

Hinweis:

Ein Verstoß gegen Verfahrens- und Formvorschriften, die in der Kommunalverfassung enthalten oder aufgrund der Kommunalverfassung erlassen worden sind, kann nach Ablauf eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden. Diese Folge tritt nicht ein, wenn der Verstoß innerhalb der Jahresfrist unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber dem Warnow-Wasser- und Abwasserverband geltend gemacht wird. Eine Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs-, oder Bekanntmachungsvorschriften kann abweichend hiervon stets geltend gemacht werden (Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2011, § 5 Abs. 5).

Anlage 1

LISTE PRIORITÄRER STOFFE

- (1) Alachlor
- (2) Anthracen
- (3) Atrazin
- (4) Benzol
- (5) Bromierte Diphenylether, Pentabromdiphenylether (Kongenerne mit den Nummern 28, 47, 99, 100, 153 und 154)
- (6) Cadmium und Cadmiumverbindungen
- (7) Chloralkane
- (8) Chlorfenvinphos
- (9) Chlorpyrifos (Chlorpyrifos-Ethyl)
- (10) 1,2-Dichloroethan
- (11) Dichlormethan
- (12) Bis(2-ethylhexyl)phthalat (DEHP)
- (13) Diuron
- (14) Endosulfan
- (15) Fluoranthen
- (16) Hexachlorbenzol
- (17) Hexachlorbutadien
- (18) Hexachlorcyclohexan
- (19) Isoproturon
- (20) Blei und Bleiverbindungen
- (21) Quecksilber und Quecksilberverbindungen
- (22) Naphthalin
- (23) Nickel und Nickelverbindungen
- (24) Nonylphenol
- (25) Octylphenol, (4-(1,1',3,3'-Tetramethylbutyl)phenol)
- (26) Pentachlorbenzol
- (27) 87-86-5 231-152-8 Pentachlorphenol
- (28) Polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe
 - (Benzo(a)pyren)
 - (Benzo(b)fluoranthen)
 - (Benzo(g,h,i)perylene)
 - (Benzo(k)fluoranthen)
 - (Indeno(1,2,3-cd)pyren)
- (29) Simazin
- (30) Tributylzinnverbindungen
 - (Tributylzinn-Kation)
- (31) Trichlorbenzole
- (32) Trichlormethan (Chloroform)
- (33) Trifluralin



Gemeinde / Gemeindeteil Rostock, Hanse- und Universitätsstadt Gehlsdorf Fährberg KGA Fährhufe	Höhenbezugssystem DHHN2016	
	Bestandsplan Kanal, OpenStreetMap	Projektion 1:269
Erstellt durch Kaatz, Bernhard	Maßstab 1:269	Format A4 Querformat
Hinweis Dieser Bestandsplan ist kein amtlicher Auszug aus dem Liegenschaftskataster und ausschließlich zum Zwecke des Schutzes wasserwirtschaftlicher Anlagen zu verwenden. Vervielfältigung und Weitergabe sind nur im Rahmen dieses Zweckes zulässig. Jede andere Verwendung bedarf der Zustimmung der zuständigen Vermessungs- und Geoinformationsbehörde.	Änd. 20.06.2025	Blatt 1
Die in den Leitungsplänen enthaltenen Angaben zu Art, Dimension, Lage und Verlegetiefe haben keinen Anspruch auf Richtigkeit und Vollständigkeit. Vor Erarbeiten im Umfeld der Anlagen ist deren Verlauf und genaue Lage durch Probeaufgrabungen (Suchschachtungen) zu ermitteln.		
<p> Nordwasser GmbH Carl-Hopp-Straße 1 18069 Rostock Tel. +49 381 81715-0 info@nordwasser.de www.nordwasser.de </p>		
© GeoBasis-DE/MAY 2025		

Nordwasser GmbH
Carl-Hopp-Straße 1
18069 Rostock

Verwaltungshelfer: Nordwasser GmbH



Kundenservice
Post: Carl-Hopp-Str. 1, 18069 Rostock
Telefon: +49 381 81715-0
E-Mail: info@nordwasser.de
Internet: www.nordwasser.de

Antrag auf Genehmigung zur Sondereinleitung

**Bitte schicken Sie dieses Formular
unterschieden an die nebenstehende
Adresse.**

Art der Einleitung:

Wasserhaltung im Zuge von Baumaßnahmen

Abwasser aus der Kesselreinigung

Abwasser aus der Fassadenreinigung

Sonstige:

Antragsteller/in:

Ort des Schmutzwasseranfalls:

Straße, Hausnummer

Postleitzahl

Ort

Flurstück

Flur

Gemarkung

Grundstückseigentümer/in:

Kurzbeschreibung der Maßnahme:

Zeitraum der Maßnahme:

von (Datum)

bis (Datum)

Maximal erwartete Einleitmenge:

[l/s]

[m³/d]

Erhebungsbogen für die Indirekteinleiterfassung/ -befragung



Art des anfallenden Abwassers:

Ansprechpartner/in:

Telefon

E-Mail

Ort, Datum

Stempel

Unterschrift

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Einrichtungen für die zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung des Warnow- Wasser- und Abwasserverbandes sowie über die Erhebung von Kostenersatz für zusätzliche Grundstücksanschlüsse (Abwassergebührensatzung)

Die Verbandsversammlung des Warnow- Wasser- und Abwasserverbandes hat am 17.05.2018 aufgrund des § 28 des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz -WVG) vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405), geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 15. Mai 2002 (BGBl. I S. 1578), der §§ 6 und 7 der Satzung des Warnow- Wasser- und Abwasserverbandes vom 17. November 2000 (AmtsBl. M-V 2000 S. 1511, Ostsee-Zeitung vom 30. Dezember 2000, Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 27. Dezember 2000), zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 14. Juni 2017 (GVOBl. M-V S. 202), des § 40 des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG) vom 30. November 1992 (GVOBl. S. 669), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 759, 765), und §§ 2 und 6 des Kommunalabgabengesetzes (KAG M-V) vom 12. April 2005 (GVOBl. S. 146) zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 2016 (GVOBl. S. 584) folgende Satzung beschlossen:

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Einrichtungen für die zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung des Warnow- Wasser- und Abwasserverbandes sowie über die Erhebung von Kostenersatz für zusätzliche Grundstücksanschlüsse (Abwassergebührensatzung)

§ 1 Erhebung von Gebühren; Kostenersatz für zusätzliche Grundstücksanschlüsse

- (1) Der Warnow-Wasser- und Abwasserverband, nachfolgend als „Verband“ bezeichnet, betreibt gem. § 1 der Satzung über die Abwasserbeseitigung der Grundstücke im Verbandsgebiet des Warnow- Wasser- und Abwasserverbandes (Abwassersatzung) je eine öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutz- und die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung sowie eine öffentliche Einrichtung für die dezentrale Abwasserbeseitigung.
- (2) Der Verband erhebt nach dieser Satzung Benutzungsgebühren zur Deckung der Kosten der öffentlichen Einrichtungen für die zentrale Schmutz- und die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung, einschließlich der Verzinsung des aufgewendeten Kapitals und der Abschreibungen.
- (3) Der Verband erhebt nach dieser Satzung Benutzungsgebühren zur Deckung der Kosten für die öffentliche Einrichtung zur dezentralen Abwasserbeseitigung, d.h. das Einsammeln, Abfahren und Behandeln des in Kleinkläranlagen bzw. abflusslosen Gruben anfallenden Abwasser-/Schlammgemisches, einschließlich der Verzinsung des aufgewendeten Kapitals und der Abschreibungen.
- (4) Der Verband erhebt nach dieser Satzung Kostenersatz für zusätzliche Grundstücksanschlüsse

- (5) Ergänzend zu dieser Satzung gilt, soweit die vorliegende Satzung nicht präzisierende oder anderslautende Vorschriften enthält, die Abwassersatzung, insbesondere hinsichtlich der Begriffsbestimmungen nach § 2. Die Regelungen der Abwassergruben- und Kleinkläranlagensatzung gehen, soweit sie einschlägig sind, den Vorschriften der Abwassersatzung wiederum vor.

§ 2 Benutzungsgebühren

- (1) Der Verband erhebt nach Maßgabe dieser Satzung Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen zur zentralen Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung und für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung zur dezentralen Abwasserbeseitigung.
- (2) Die Gebühren werden erhoben
1. als **Benutzungsgebühr A** für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung für die Grundstücke, die an diese Anlage über einen unmittelbaren (§ 7 Abs. 1 der Abwassersatzung) oder einen gemeinsamen Grundstücksanschluss (§ 7 Abs. 2 der Abwassersatzung) angeschlossen sind. Sie gliedert sich in eine Grund- und eine Mengengebühr.
 2. als **Benutzungsgebühr B** für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung für die Grundstücke, die an diese Anlage
 - über einen unmittelbaren (§ 7 Abs. 1 der Abwassersatzung) oder einen gemeinsamen Grundstücksanschluss (§ 7 Abs. 2 der Abwassersatzung) angeschlossen sind
 - oder die in diese entwässern.
 3. als **Benutzungsgebühr C** für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung für die dezentrale Abwasserbeseitigung für die Grundstücke, die diese Einrichtung nutzen. Sie gliedert sich in
 - a) Benutzungsgebühr für die Einsammlung, Abfuhr und Entsorgung des Abwasser-/Schlammgemisches aus Kleinkläranlagen
 - b) Benutzungsgebühr für die Einleitung des Überlaufwassers aus Grundstückskleinkläranlagen, sofern dieses der öffentlichen Einrichtung zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung zugeführt wird.
 - c) Benutzungsgebühr für die Einsammlung, Abfuhr und Entsorgung des Schmutzwassers aus abflusslosen Sammelgruben

§ 3 Gebührenschuldner

- (1) Gebührenschuldner ist, wer im Heranziehungszeitraum (§ 10) nach grundsteuerlichen Vorschriften Schuldner der Grundsteuer ist oder sein würde, wenn das Grundstück nicht von der Grundsteuer befreit wäre. Damit ist Gebührenschuldner in der Regel der Eigentümer des Grundstückes. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist der Erbbauberechtigte Gebührenschuldner. Miteigentümer oder mehrere aus dem gleichen Grund dinglich Berechtigte sind Gesamtschuldner.

...

Wohnungs- oder Teileigentümer einer Eigentümergemeinschaft sind Gesamtschuldner der auf ihr gemeinschaftliches Grundstück entfallenden Benutzungsgebühren.

- (2) Der Wechsel des Gebührenschuldners ist dem Verband unverzüglich schriftlich anzuzeigen.
- (3) Der bisherige Gebührenpflichtige haftet gesamtschuldnerisch neben dem neuen Pflichtigen, wenn er es versäumt, dem Verband die Rechtsänderung anzuzeigen. Dies gilt bis zu dem Zeitpunkt, in dem der Verband Kenntnis von der Rechtsänderung erlangt.

§ 4 Gebührenmaßstab - Benutzungsgebühr A

Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung

- (1) Die Grundgebühr wird nach dem Dauerdurchfluss Q_3 der verwendeten Wasserzähler berechnet. Sofern die Größe des auf dem Grundstück vorhandenen Wasserzählers noch nach dem Nenndurchfluss Q_n angegeben wird, wird die Grundgebühr danach berechnet. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Wasserzähler, so wird die Grundgebühr für jeden Wasserzähler berechnet. Sofern der Dauerdurchfluss Q_3 bzw. der Nenndurchfluss Q_n der verwendeten Wasserzähler durch Feuerlöscheinrichtungen oder durch Verbrauchsstellen mitbestimmt wird, die keinen Anschluss an die öffentliche Einrichtung zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung haben, wird auf Antrag des Gebührenschuldners bei der Berechnung der Grundgebühr dieser Zähler nicht zugrunde gelegt. In diesen Fällen wird anstelle dieses Zählers der Dauerdurchfluss Q_3 eines Wasserzählers festgesetzt, der nach den geltenden DIN-Vorschriften erforderlich sein würde, um die zugeführte Wassermenge der Zapfstellen zu messen, die einen Anschluss an die öffentliche Einrichtung zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung haben.
- (2) Bei Grundstücken, die ihre Wassermengen aus öffentlichen oder eigenen Wasserversorgungsanlagen entnehmen, ohne einen Wasserzähler zu verwenden, wird der Dauerdurchfluss Q_3 des Wasserzählers festgesetzt, der nach den geltenden DIN-Vorschriften erforderlich sein würde, um die dem Grundstück zugeführte Wassermenge zu messen.
- (3) Die für die Schmutzwassereinleitung zu erhebende Mengengebühr wird nach der Menge des Schmutzwassers berechnet, die der öffentlichen Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung von dem angeschlossenen Grundstück zugeführt wird. Dabei bemisst sich die Inanspruchnahme durch das Einleiten von Schmutzwasser nach der dem Grundstück zugeführten Wassermenge.
- (4) Als der dem Grundstück zugeführten Wassermenge gilt:
 - a) das aus öffentlichen Wasserversorgungsanlagen bezogene Frischwasser
 - b) das aus Eigenförderungsanlagen (Brunnen) geförderte Wasser
 - c) das aus Regenwassernutzungsanlagen bezogene Brauchwasser
 - d) verschmutztes Niederschlagswasser, das aufgrund wasserrechtlicher Bestimmungen in die öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung eingeleitet werden muss (z. B. von Waschplätzen für Kraftfahrzeuge).
- (5) Die für die Berechnung der Mengengebühr für die Schmutzwassereinleitung in dem jeweiligen Heranziehungszeitraum maßgebliche Wassermenge wird wie folgt festgestellt:

- a) Als Wassermenge, die aus öffentlichen Wasserversorgungsanlagen zugeführt wird, gilt die innerhalb des Heranziehungszeitraumes bei der Berechnung der Wassergebühr zugrunde gelegte Menge.
- b) Die aus Eigenförderungsanlagen zugeführte Wassermenge wird durch geeichte und plombierte Wasserzähler ermittelt. Die Wasserzähler sind auf Kosten des Gebührenschuldners in die Versorgungsanlage einzubauen. Der Gebührenschuldner hat den Wasserzähler spätestens mit Ablauf des Heranziehungszeitraumes selbst abzulesen und dem Verband die abgelesene Menge bis zum 5. des Folgemonats mitzuteilen. Endet das Benutzungsverhältnis vor Ende des Heranziehungszeitraumes, hat die Ablesung und Mitteilung spätestens am Tag der Beendigung des Benutzungsverhältnisses zu erfolgen. Ist ein Wasserzähler nicht vorhanden oder hat er nicht oder nicht richtig angezeigt, so wird die geförderte Wassermenge durch den Verband geschätzt. Die Schätzung erfolgt anhand von Erfahrungszahlen für den Verbrauch von Grundstücken ähnlicher Nutzung und unter Berücksichtigung der im Einzelfall bedeutsamen Umstände. Eine Schätzung erfolgt auch dann, wenn der Grundstückseigentümer eine Selbstablesung trotz Aufforderung nicht bis zum Ende des Heranziehungszeitraumes vornimmt. Eine nach dem 5. des Folgemonats mitgeteilte Selbstablesung kann nicht mehr für die Gebührenermittlung des von der Festsetzung umfassten Heranziehungszeitraumes zugrunde gelegt werden.
- c) Die Einleitungsmenge des vom Grundstück der öffentlichen Einrichtung zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung sonst zugeführten Wassers gemäß Abs. 4 lit. c) und d) hat der Gebührenschuldner durch einen geeichten und plombierten Wasserzähler oder eine genormte Anlage zur Abwassermengenmessung nachzuweisen. Soweit der Gebührenschuldner dieser Verpflichtung nicht nachkommt oder der Einbau von Messeinrichtungen technisch nicht möglich ist oder einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordert, wird die Einleitungsmenge vom Verband anhand von Erfahrungswerten geschätzt.
- (6) Beziehen mehrere an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung angeschlossene Grundstücke gemeinsam über einen Wasserzähler Wasser, so wird die der Gebührenberechnung zugrunde zu legende Wassermenge für jedes Grundstück aufgeteilt anhand der jeweiligen Verhältnisse auf dem Grundstück.
- (7) Die nach Abs. 5 und 6 festgesetzte Schmutzwassermenge kann auf Antrag um die nachweislich der öffentlichen Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung nicht zugeführte Menge vermindert werden. Der Nachweis obliegt dem Gebührenschuldner.
Die Mengen sind durch einen verplombten und geeichten Wasserzähler nachzuweisen, den der Gebührenschuldner auf seine Kosten einzubauen hat. Es ist abzusichern, dass die Verbrauchsstelle technisch so hergestellt wird, dass Missbrauch ausgeschlossen ist. Zu diesem Zweck ist vor der Installation die Einbaustelle mit dem Verband abzustimmen. Ist der Einbau eines Wasserzählers zur Erfassung der abzusetzenden Wassermenge technisch nicht möglich, sind dem Verband zum Zwecke der Prüfung nachprüfbar Unterlagen vorzulegen, anhand derer die abzusetzende Menge festgelegt werden kann.
- (8) Vom Abzug gemäß Abs. 7 sind ausgeschlossen
- a) das hauswirtschaftlich genutzte Wasser
 - b) das zum Bewässern von Gartenflächen genutzte Wasser, das nicht durch Wasserzähler nachgewiesen ist.

- (9) Wassermengen, die infolge von Rohrbrüchen in der Kundenanlage hinter der Messeinrichtung, nicht in die öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung gelangt sind, können auf Antrag abgesetzt werden, wenn ein Nachweis des Schadens, z. B. in Form einer Reparaturrechnung, vom Gebührenschuldner erbracht werden kann. Dabei ist nachzuweisen, dass das ausgetretene Wasser nicht oberirdisch, z. B. durch Kanaldeckelöffnungen oder Niederschlagswassereinläufe in die öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung gelangt ist. Die abzusetzende Menge nicht eingeleiteten Wassers kann vom Verband unter Zugrundelegung des Verbrauchs des Vorjahres unter Berücksichtigung der begründeten Angaben des Gebührenschuldners geschätzt werden.
- (10) Der Antrag nach Abs. 7 und 9 kann nur für die Zeit des letzten Heranziehungszeitraumes gestellt werden und muss innerhalb der Rechtsbehelfsfrist von einem Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides beim Verband eingehen.

§ 5 Gebührenmaßstab - Benutzungsgebühr B

Benutzungsgebühr für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung

- (1) Die Gebühr wird nach der bebauten und befestigten Grundstücksfläche erhoben, die an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung angeschlossen ist oder in diese entwässert. Dabei wird die Grundstücksfläche zur Berücksichtigung des Grades der Wasserdurchlässigkeit nach den im folgenden genannten Flächengruppen mit den angegebenen Abflussfaktoren multipliziert:

Bebaute Flächen

- | | |
|--|------------|
| a) Dächer ohne Niederschlagswasserspeichereffekt | Faktor 1,0 |
| b) Dächer mit Niederschlagswasserspeichereffekt | Faktor 0,5 |

Befestigte Flächen

- | | |
|--------------------------|------------|
| Asphalt, Beton, Pflaster | Faktor 0,7 |
|--------------------------|------------|

- (2) Bei Anschluss von bebauten Flächen an eine Anlage zur Nutzung des Niederschlagswassers im Haushalt und gleichzeitigem Anschluss eines Notüberlaufs an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung kann auf Antrag des Gebührenschuldners der der Gebührenberechnung zugrunde zu legende Anteil dieser Fläche entsprechend dem Anteil des hiervon genutzten Niederschlagswassers reduziert werden. Hierzu hat der Gebührenschuldner dem Verband die Größe seiner Nutzungsanlage und die angeschlossene Fläche mitzuteilen. Der Antrag kann nur für die Zeit des letzten Heranziehungszeitraumes gestellt werden und muss innerhalb der Rechtsbehelfsfrist von einem Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides beim Verband eingehen.
- (3) Hält der Gebührenschuldner Einrichtungen mit einem Auffangvolumen von mindestens 0,5 m³ vor, die geeignet sind, Niederschlagswasser für gärtnerische Zwecke zu sammeln (z.B. Regentonnen, Zisterne) und sammelt er dieses Wasser von Flächen, die an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung angeschlossen sind, so reduziert sich der der Gebührenberechnung zugrunde zu legende Anteil dieser Fläche um 66 % (Faktor -0,34).

- (4) Die gebührenrelevante Grundstücksfläche wird anhand der durch den Gebührenschuldner vorgelegten Angaben über die bebaute und befestigte Fläche ermittelt. Der Gebührenerhebung für den Heranziehungszeitraum wird jeweils die Fläche zugrunde gelegt, die am Anfang des Kalenderjahres an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung angeschlossen ist oder in diese entwässert.
Bei Änderungen des Umfangs der bebauten oder befestigten Grundstücksflächen im Kalenderjahr hat der Gebührenpflichtige dem Verband unaufgefordert spätestens zum Ende des Kalenderjahres Art und Umfang der Veränderung schriftlich mitzuteilen.
- (5) Teilt der Gebührenschuldner die gebührenrelevante Grundstücksfläche trotz Aufforderung und Erinnerung durch den Verband nicht mit, so ist der Verband berechtigt, die Grundstücksfläche zu schätzen. Die Schätzung erfolgt anhand der vorhandenen Bebauung und Befestigung in der näheren Umgebung und unter Berücksichtigung der im Einzelfall bedeutsamen Umstände.

§ 6 Gebührenmaßstab - Benutzungsgebühr C

Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung zur dezentralen Abwasserbeseitigung

- (1) Die Benutzungsgebühr für die Einsammlung, Abfuhr und Entsorgung des Abwasser-/Schlammgemisches aus Kleinkläranlagen wird nach der Menge berechnet, die durch das Abfuhrunternehmen aus der Kleinkläranlage abgepumpt und abgefahren wird. Berechnungseinheit ist der Kubikmeter Abwasser-/Schlammgemisch. Leiten mehrere Grundstücke Abwasser in eine Kleinkläranlage ein, so erfolgt die Aufteilung der tatsächlich abgefahrenen Menge unter den Einleitern anhand des Verhältnisses der den jeweiligen Grundstücken im Heranziehungszeitraum zugeführten Wassermenge.
- (2) Die Benutzungsgebühr für das Überlaufwasser aus Kleinkläranlagen, welches der öffentlichen Einrichtung für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung zugeführt wird, wird nach der eingeleiteten Menge berechnet. Als Überlaufwassermenge gilt die dem Grundstück aus öffentlichen und privaten Versorgungsanlagen innerhalb des Heranziehungszeitraumes zugeführte Wassermenge. Zur Ermittlung dieser Überlaufwassermenge gilt § 4 Abs. 3 bis 6 sinngemäß.
- (3) Die Benutzungsgebühr für die Einsammlung, Abfuhr und Entsorgung des Abwassers aus abflusslosen Sammelgruben wird nach der Schmutzwassermenge berechnet, die der abflusslosen Sammelgrube von dem angeschlossenen Grundstück zugeführt wird. Als Schmutzwassermenge gilt die dem Grundstück aus öffentlichen und privaten Versorgungsanlagen innerhalb des Heranziehungszeitraumes zugeführte Wassermenge. Zur Ermittlung dieser Wassermenge gilt § 4 Abs. 3 bis 6 sinngemäß. § 4 Abs. 7 bis 10 findet entsprechende Anwendung.

§ 7 Gebührensätze

A. Benutzungsgebühr A

(1) Die Höhe der Grundgebühr wird für die aufgeführten Zählergrößen wie folgt festgelegt:

Dauerdurchfluss Q₃ in m³/h (nach MID)	Nenndurchfluss Q_n in m³/h (nach EWG)	Euro/Monat
Q ₃ 2,5	bis Q _n 1,5	9,00
Q ₃ 4,0	bis Q _n 2,5	14,40
Q ₃ 10,0	bis Q _n 6	36,00
Q ₃ 16,0	bis Q _n 10	57,60
Q ₃ 25,0	bis Q _n 15	90,00
Q ₃ 40,0	bis Q _n 30	144,00
Q ₃ 63,0	bis Q _n 50	226,80
Q ₃ 100,0	bis Q _n 60	360,00
Q ₃ 160		576,00

(2) Die Mengengebühr beträgt bei Einleitung von Schmutzwasser je Kubikmeter 1,97 Euro.

B. Benutzungsgebühr B

(2) Die Höhe der Flächengebühr beträgt 0,53 Euro/m² pro Jahr.

C. Benutzungsgebühr C

(4) Die Benutzungsgebühr beträgt

- a) bei Inanspruchnahme der Einsammlung, Abfuhr und Entsorgung des Schlamm-/Abwassergemischs aus Kleinkläranlagen je Kubikmeter Schlamm-/Abwassergemisch 25,11 Euro
- b) sofern dabei die Ableitung von Überlaufwasser in die öffentliche Einrichtung für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung erfolgt: zusätzlich je Kubikmeter Überlaufwassermenge 0,91 Euro
- c) bei Inanspruchnahme der Einsammlung, Abfuhr und Entsorgung des Abwassers aus abflusslosen Sammelgruben je Kubikmeter Schmutzwassermenge 7,69 Euro

§ 8 Sonstige Gebühren

Die Gebühr für die ausnahmsweise Einleitung gem. § 9 Abs. 10 der Abwassersatzung von Grundwasser und Dränagewasser sowie von Wasser aus Schwimmbecken und aus Becken mit Springbrunnen sowie Kondenswasser aus Dampfleitungen und Kühlwasser in die öffentlichen Einrichtungen für die zentrale Schmutz- oder Niederschlagswasserbeseitigung beträgt je eingeleiteten Kubikmeter 1,23 Euro.

§ 9 Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht für die Benutzungsgebühr A entsteht für die Grundgebühr, wenn das Grundstück an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung angeschlossen ist, für die Mengengebühr mit der Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung.
- (2) Die Gebührenpflicht für die Benutzungsgebühr B entsteht, wenn das Grundstück an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung angeschlossen ist oder in diese entwässert.
- (3) Die Gebührenpflicht endet für die Benutzungsgebühr A mit Ablauf des Monats, in dem der Anschluss an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung getrennt wurde.
- (4) Die Gebührenpflicht endet für die Benutzungsgebühr B mit Ablauf des Monats, in dem der Anschluss an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung getrennt wurde bzw. hierin nicht mehr entwässert wird
- (5) Die Gebührenpflicht für die Benutzungsgebühr C entsteht mit dem Tag der Inbetriebnahme der Kleinkläranlage oder abflusslosen Grube. Die Gebührenpflicht endet mit der Außerbetriebnahme der Kleinkläranlage oder abflusslosen Grube.
- (6) Die Gebührenpflicht für die sonstigen Gebühren nach § 8 entsteht mit der Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung. Sie endet mit Ablauf des Monats, in dem die Benutzung der öffentlichen Einrichtung endet.

§ 10 Entstehung der Gebährenschild, Heranziehung und Fälligkeit

- (1) Der Heranziehungszeitraum für die Gebühren ist das Kalenderjahr und bei Entstehung der Gebührenpflicht während eines Kalenderjahres der Restteil des Jahres. In Sonderfällen kann ein anderer, gegebenenfalls auch kürzerer Heranziehungszeitraum (bspw. monatlich) festgelegt werden. Mit Inkrafttreten dieser Satzung beginnt der Heranziehungszeitraum für den Restteil des Jahres 2018.
- (2) Die Gebährenschild entsteht jeweils mit Ablauf des Heranziehungszeitraumes. Endet das Benutzungsverhältnis vor Ablauf des Heranziehungszeitraumes, entsteht die Gebährenschild am Ende des Benutzungsverhältnisses. In den Fällen des § 3 Abs. 2 (Wechsel des Gebährenschildners) entsteht die Gebährenschild für den bisherigen Gebährenschildner mit Beginn des auf den Übergang der Gebührenpflicht folgenden Monats, für den neuen Gebährenschildner mit Ablauf des Heranziehungszeitraumes.

...

- (3) Ändern sich während des Heranziehungszeitraumes die Gebühren, so wird bei der Benutzungsgebühr A (Mengengebühr) und bei den Benutzungsgebühren C (Überlaufwasser aus Kleinkläranlagen und Einsammlung, Abfuhr und Entsorgung aus nichtöffentlichen abflusslosen Gruben) sowie bei den sonstigen Gebühren nach § 8 die für die neuen Gebühren maßgebliche Menge zeitanteilig berechnet. Bei der Benutzungsgebühr B und der Benutzungsgebühr A (Grundgebühr) erfolgt die Aufteilung zeitanteilig. Bei der Benutzungsgebühr C (Einsammlung, Abfuhr und Entsorgung aus nichtöffentlichen Kleinkläranlagen) ist der Zeitpunkt der Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung zur dezentralen Abwasserbeseitigung maßgeblich.
- (4) Die Benutzungsgebühren werden jeweils nach Ablauf des Heranziehungszeitraumes durch schriftlichen Bescheid des Verbandes endgültig festgesetzt. Mit der endgültigen Festsetzung der Benutzungsgebühren für den zurückliegenden Heranziehungszeitraum werden gleichzeitig für den beginnenden nachfolgenden Heranziehungszeitraum jeweils monatlich zu entrichtende Vorauszahlungen festgesetzt. Die Vorauszahlungen sind jeweils zum 05. eines Monats fällig. Bei den Benutzungsgebühren A und C erfolgt die Festsetzung unter Zugrundelegung der Abwassermenge des zurückliegenden Heranziehungszeitraumes. Bei der Benutzungsgebühr B erfolgt die Festsetzung unter Zugrundelegung der Fläche, die im vergangenen Heranziehungszeitraum an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung angeschlossen war oder in diese entwässerte, sofern der Gebührenschuldner für den nachfolgenden Heranziehungszeitraum keine Änderungen der Fläche mitgeteilt hat. In diesem Fall wird die geänderte Fläche für die Festsetzung der Vorauszahlungen zugrunde gelegt.
- (5) Entsteht die Gebührenpflicht erstmals, so kann der Verband die Vorauszahlungen durch gesonderten Bescheid festsetzen. Bei den Benutzungsgebühren A und C erfolgt die Festsetzung durch Schätzung anhand von Erfahrungszahlen für den Verbrauch von Grundstücken ähnlicher Nutzung und unter Berücksichtigung der im Einzelfall bedeutsamen Umstände. Die Festsetzung bei der Benutzungsgebühr B erfolgt auf Grundlage der vom Gebührenschuldner angegebenen oder vom Verband geschätzten bebauten und befestigten Grundstücksfläche, die an die öffentliche Einrichtung für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung angeschlossen ist oder in diese entwässert.
- (6) Nach der endgültigen Festsetzung der Benutzungsgebühren werden diese der Summe der für denselben Zeitraum bereits geleisteten Vorauszahlungen gegenübergestellt. Der Betrag, um den die endgültig festgesetzten Benutzungsgebühren die Vorauszahlungen übersteigen, ist zwei Wochen nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig. Der Betrag, um den die Benutzungsgebühren die Vorauszahlungen unterschreiten, wird unbar ausgezahlt.
- (7) Wurden keine Vorauszahlungen geleistet, sind die endgültig festgesetzten Benutzungsgebühren zwei Wochen nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.
- (8) Die durch den bisherigen Gebührenbescheid festgesetzten Vorauszahlungen sind innerhalb des darauffolgenden Heranziehungszeitraumes solange weiterhin zu zahlen, wie ein neuer Gebührenbescheid noch nicht ergangen ist und damit noch keine geänderten Vorauszahlungen festgesetzt wurden.

§ 11 Anzeige- und Auskunftspflichten

Die Gebührenschuldner haben dem Verband alle für die Festsetzung und für die Erhebung von Gebühren nach dieser Satzung erforderlichen Auskünfte zu erteilen und zu dulden, dass Bedienstete oder Beauftragte des Verbandes das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

§ 12 Grundstücksanschlusskosten

Die Kosten für die Herstellung und Beseitigung eines zusätzlichen Grundstücksanschlusses sind zu erstatten. Kosten werden nach dem tatsächlichen Aufwand berechnet.

§ 13 Entstehung des Erstattungsanspruches

Der Erstattungsanspruch entsteht mit der endgültigen Herstellung des Grundstücksanschlusses. Im Falle der Beseitigung eines Anschlusses mit der Beendigung der Maßnahme.

§ 14 Vorausleistungen

Auf den künftigen Erstattungsanspruch können nach Beantragung des zusätzlichen Grundstücksanschlusses vom Erstattungspflichtigen (§ 16) Vorausleistungen bis zur Höhe des voraussichtlichen Erstattungsbetrages verlangt werden. Die gezahlte Vorausleistung wird mit dem endgültigen Erstattungsbetrag verrechnet.

§ 15 Veranlagung und Fälligkeit

Der Erstattungsbetrag wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 16 Erstattungspflichtige

Erstattungspflichtig ist, wer zum Zeitpunkt der Bekanntgabe des Bescheides Eigentümer des Grundstückes ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte erstattungspflichtig. Ist das Grundstück mit einem dinglichen Nutzungsrecht nach Artikel 233 § 4 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch belastet, so ist der Inhaber dieses Rechtes anstelle des Eigentümers erstattungspflichtig. Mehrere Erstattungspflichtige haften als Gesamtschuldner, bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil erstattungspflichtig.

§ 17 Beauftragung Dritter

Der Verband hat mit der Ermittlung und Erfassung der Berechnungsgrundlagen, der Gebührenberechnung, der Ausfertigung und Versendung der Gebühren- und Kostenersatzbescheide die Nordwasser GmbH beauftragt. Für den am 30.06.2018 beendeten Heranziehungszeitraum erfolgt die Ermittlung und Erfassung der Berechnungsgrundlagen, die Gebührenberechnung, sowie die Ausfertigung und Versendung der Gebührenbescheide durch die EURAWASSER Nord GmbH.

§ 18 Inkrafttreten - Außerkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.07.2018 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Einrichtungen für die zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung des Warnow- Wasser- und Abwasserverbandes (Abwassergebührensatzung) vom 26.11.2004, zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 01.11.2017 außer Kraft.

Rostock, den 25.05.2018

Der Vorstand

Ines Gründel

Karin Helke

Joachim Hünecke

Frank Giese

Veröffentlicht unter www.wwav.de/bekanntmachungen am 29.05.2018

Hinweis:

Ein Verstoß gegen Verfahrens- und Formvorschriften, die in der Kommunalverfassung enthalten oder aufgrund der Kommunalverfassung erlassen worden sind, kann nach Ablauf eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden. Diese Folge tritt nicht ein, wenn der Verstoß innerhalb der Jahresfrist unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber dem Warnow-Wasser- und Abwasserverband geltend gemacht wird. Eine Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs-, oder Bekanntmachungsvorschriften kann abweichend hiervon stets geltend gemacht werden (Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2011, § 5 Abs. 5).